

Einführung

„Geschichtspolitik und Erinnerungskulturen“ lautet das breit gewählte Rahmenthema dieses Heftes, das keineswegs den Anspruch erhebt, die Wechselbeziehungen zwischen beiden Ebenen systematisch oder gar erschöpfend auszuloten. Die Begriffe haben sich in den geschichts- wie auch politikwissenschaftlichen Auseinandersetzungen um die deutsche Diktaturvergangenheit seit etwa drei Jahrzehnten rasch verbreitet, konkurrieren aber mit semantisch ähnlich gefüllten Termini wie Erinnerungs-, Vergangenheits- oder Gedächtnispolitik einerseits, Geschichtskultur und „kollektives Gedächtnis“ andererseits. Während „Erinnerungskultur“ meist neutral zur Benennung vielfältiger Formen des gesellschaftlichen Umgangs mit der Vergangenheit dient, verbindet sich die Bezeichnung „Geschichtspolitik“ oft normativ mit dem Missbrauch der Vergangenheit zu politischen Zwecken, auch wenn damit wertfreie Bedeutungen konkurrieren. So behandeln Politikwissenschaftler die Geschichtspolitik etwa als Gegenstand einer Policyforschung, die beschreibend und erklärend nach den diversen Formen des Umgangs politischer Akteure mit der Vergangenheit fragt.

Dies ist auch die Perspektive, die der Direktor des Potsdamer Zentrums für Zeitgeschichtliche Forschung (ZZF), *Martin Sabrow*, in seinem Beitrag einnimmt, wenn er Probleme der spezifisch deutschen Form der „Vergangenheitsbewältigung“ vorzugsweise am Beispiel des Umgangs mit der DDR-Geschichte im Allgemeinen, mit den Stasiunterlagen im Besonderen herausarbeitet. Sie sei erstens durch eine Konzentration auf handelnde Personen (Täter wie Opfer) gekennzeichnet und vernachlässige strukturgeschichtliche Zusammenhänge. Sie benutze zweitens die Geschichte, um die Gegenwart zu gestalten, die Auseinandersetzung mit der Diktatur, um den demokratischen Rechtsstaat zu konsolidieren. Und drittens laufe sie in ihrer Anwendungsorientierung Gefahr, „die Grenze zwischen Deskription und Präskription, zwischen Geschichtswissenschaft und Geschichtspolitik ebenso zu verwischen wie die zwischen Geschichtspolitik und Vergangenheitspolitik oder die zwischen Recht und Politik“. Die moralisch begründete „Engführung von Erkenntnis und Interesse“ begründe die „Nähe der Vergangenheitsaufarbeitung zur Politik und zum politischen Personal, wie sie für andere Zeiten und Gesellschaften undenkbar war“. Auch wenn sich die Bilanz der deutschen Vergangenheitsaufarbeitung im Großen und Ganzen sehen lassen könne, müsse künftig auf mehr „epistemische Distanz“ der Geschichtswissenschaft geachtet werden, wenn sie ihre öffentliche Bedeutung als Lieferantin des Fachkapitals nicht auf lange Sicht infrage stellen wolle.

Auch die Hamburger Historikerin *Ulrike Jureit* erkennt in der normativen Aufladung des historischen Erinnerns ein zentrales Problem, hat dabei aber vor allem die „Gebrauchskonjunkturen, Konsumgewohnheiten sowie Unterhaltungs- und Marktmechanismen“ im Auge. Diese Tendenz sei eng mit der medialen Vermittlung der Geschichte in Film, Internet oder Computerspielen sowie

der Entfaltung einer Eventkultur verbunden, die Geschichte mehr und mehr als soziales Erlebnis arrangiere. Selbst der Holocaust werde auf diese Weise instrumentalisiert und diene nicht selten auch ökonomischen Interessen. Im Zentrum stehe das „Erlebnispotenzial der zu erinnernden Geschehnisse“ für eine florierende „Unterhaltungs-, Freizeit- und Tourismusindustrie“. Auch wenn die „Aura des Authentischen“ die Mobilisierung der nach historischem Sinn verlangenden Konsumenten bestimme, werde an den entsprechenden Orten Geschichte mehr erlebt und gefühlt als erlernt, kritisch reflektiert oder verstanden. Eine in erster Linie opferidentifizierte Erinnerungskultur reflektiere die eigenen, zeitgebundenen Deutungen der Geschichte nur unzureichend. Stattdessen werde Vergangenheit als normativ überhöhte Identitätsressource konserviert.

Welche geschichtspolitische Herausforderung Erinnerungskulturen in Räumen mit häufigen gewaltsamen Grenzveränderungen und Bevölkerungsver-schiebungen bergen, verdeutlicht *Magdalena Waligórska*, Leiterin der Abteilung Geschichte und Kultur Ostmitteleuropas im 19. und 20. Jahrhundert mit Schwerpunkt Polen an der Universität Bremen, am Beispiel der Stadt Stettin/Szczecin. Sie war lange Zeit eine multiethnische Stadt, in der Deutsche, Polen, Ukrainer und Juden zusammenlebten. Der von der Volksrepublik Polen nach 1945 gepflegte geschichtspolitische Mythos der „wiedergewonnenen Gebiete“ überdeckte dieses historische Faktum jedoch. Die erinnerungskulturelle Wende des Jahres 1989 brachte dann nicht nur die Wiederentdeckung der jüdischen Kultur, sondern auch eine Neubesinnung auf das mit dem jüdischen auf vielfältige Weise verwobene deutsche Erbe. Waligórska zeigt dies anhand zahlreicher Beispiele. Eines davon ist das Projekt der bildenden Künstlerin Karolina Freino „Mauern und Sandkästen“ (2007) über die Vernichtung der Stettiner Nekropolis. Die Künstlerin erfasste kartografisch die entweihten und zerbrochenen deutschen und jüdischen Grabsteine, die zum Bau von Mauern, Sandkästen und Gehwegen genutzt worden waren, und „vollzog einen Akt der kulturellen Übersetzung, der dem Grabschutt eine lebendige Bedeutung zurückgab“. Die Entschlüsselung der Epitaphien löste eine intensive Diskussion über die Vernichtung anderer Kulturen in einer Stadt aus, die längst begonnen hatte, ihre historische Multikulturalität anzuerkennen. Jedoch wird dieser Prozess durch die neuerliche nationalpolnische Wende der Geschichtspolitik wieder infrage gestellt.

Unter autokratischen Bedingungen betreibt das Putin-Regime in Russland nationalistische Geschichtspolitik. Die Bonner Osteuropahistorikerin *Ekaterina Makhotina* zeigt die Subtilität dieser Bemühungen auf. Zwar brach Putin frühzeitig mit einer pauschalen Distanzierung vom sowjetischen Erbe, doch könne von einer Rehabilitierung Stalins – anders als oft in westlichen Medien behauptet – nur sehr eingeschränkt die Rede sein. Der Opfer politischer Repression werde auf vielfältige Weise gedacht, während die Täter und die ihr Handel ermöglichenden Strukturen im Dunkeln blieben. Im Kreml identifiziert sie „national-konservative“ und „westlich-liberale Kräfte“, die divergierende geschichtspolitische Ziele verfolgten. Diese agierten zudem oft im Zusammenspiel mit zivilgesellschaftlichen Akteuren „vor Ort“, die teils kremlikritisch, teils kremlfreundlich gesonnen

sein. Der Streit um Stalin diene „als ultimativer Marker der Selbstverortung – den einen für eine progressive, liberale Position, die sich als Teil der ‚westlichen Moderne‘ sieht, den anderen in ihrem Selbstverständnis als ‚wahre Patrioten‘ einer Weltmacht“. Für die erste Gruppe sei Stalin „Henker des eigenen Volkes“, für die zweite Ausdruck von „Stärke, Ordnung und historischem Erfolg“.

Uwe Backes

